

**Antrag auf Gewährung eines  
Zuschusses nach der Förderrichtlinie  
Umbau von Büros zu Wohnraum 2012**

Antragsnummer:
Eingangsvermerk:

<input type="radio"/>	Bezuschussung der Honorarkosten
-----------------------	---------------------------------

<input type="radio"/>	Bezuschussung der Umbaukosten
-----------------------	-------------------------------

<b>Belegenheit des Baugrundstücks</b>	Straße und Hausnummer		
	Ortsteil	Postleitzahl	
	Grundbuch von	Blatt Nr.	

<b>Antragsteller</b> (Grundeigentümer/ Erbbauberechtigter)	Name		Beruf	
	Straße und Hausnummer		E-Mail	
	Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

<b>Bevollmächtigter</b>	Name			
	Straße und Hausnummer		E-Mail	
	Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

<b>Architekt, Entwurfsverfasser</b>	Name			
	Straße und Hausnummer		E-Mail	
	Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

<b>Erforderliche Anlagen zu diesem Antrag</b>	<p>Bitte reichen Sie die <b>fett</b> gedruckten Anlagen auf den entsprechenden WK-Vordrucken ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <b>Darstellung von Art und Maß der Gebäudenutzung</b> <span style="float: right;"><b>Anlage I</b></span></li> <li>- <b>Kostenaufstellung mit Sonderkosten (nicht bei gutacht. Untersuchungen)</b> <span style="float: right;"><b>Anlage II</b></span></li> <li>- <b>Liste weiterer Bauherren (falls vorhanden)</b> <span style="float: right;"><b>Anlage III</b></span></li> <li>- <b>Erklärung über bereits erhaltene "De-minimis"-Beihilfen</b> <span style="float: right;"><b>Anlage IV</b></span></li> </ul> <p>Weitere Anlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Legitimationsnachweise des/der Bauherren (Kopie des Personalausweises, Registerauszug etc.)</li> <li>- Vollmacht (nur bei Beauftragung Dritter)</li> <li>- Grundbuchauszug für das Grundstück</li> <li>- Amtlicher Lageplan als Auszug aus dem Liegenschaftskataster</li> <li>- Nachweis der Gebäudeversicherung gegen Feuer- und Sturmschäden *)</li> <li>- Baugenehmigungsbescheid mit zeichnerischen Unterlagen *)</li> <li>- Wohnflächenberechnung nachvollziehbar gemäß WoFIV *)</li> <li>- Berechnung des Energiebedarfs nach EnEV</li> <li>- Leistungsverzeichnisse mit Kosten, ggf. Gü/Gu Vertrag *)</li> <li>- Anlage wirtschaftlich Berechtigte der Juristischen Person &amp; Personengesellschaft, oder</li> <li>- Anlage wirtschaftlich Berechtigte der Stiftung</li> <li>- Bestandspläne (Grundrisse, Ansichten, Schnitte)</li> </ul> <p><b>*) nicht erforderlich bei einer gutachterlichen Untersuchung</b></p>

<b>Erklärung des Antragstellers</b>	<p>Ich versichere / wir versichern, jetzt und zukünftig nur in eigenem Namen und für eigene Rechnung und nicht für Rechnung eines Dritten - insbesondere durch Treuhandauftrag oder eine ähnliche Vereinbarung - zu handeln.</p> <p>Mir / uns ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- jeweils die zum Zeitpunkt der Zusage gültigen Förderungsgrundsätze angewendet werden.</li> <li>- bei der Antragsrücknahme nach Zusage ein Kostenbeitrag von 1,0 % der bewilligten Fördermittel zu zahlen ist.</li> <li>- mündlich erteilte Auskünfte und Ratschläge durch Mitarbeiter/innen der WK als unverbindlich gelten.</li> </ul> <p>Ich / Wir erkläre(n) hiermit, dass ich / wir die mit dem Antrag erhobenen und auch die nach Antragstellung der WK mitgeteilten Daten freiwillig zur Verfügung stelle(n). Ich / Wir willige(n) in die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung dieser Daten ein, soweit es zur Erfüllung des Vertrags- und / oder Förderzweckes sowie zum Zwecke der Erstellung der Statistiken notwendig ist. Dies gilt ausdrücklich auch für besondere Arten personenbezogener Daten im Sinne des § 3 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).</p>	
	Ort, Datum	Unterschrift des/der Antragsteller/s

**Anlage I**

**zum Antrag auf Gewährung eines Zuschusses nach der Förderrichtlinie  
Umbau von Büros zu Wohnraum 2012**

Bauherr (Grundeigentümer/Erbbauberechtigter)	Antragsnummer:
Belegenheit (Straße, Hausnummer und Ortsteil)	

**Art und Umfang der Maßnahme**

Anzahl der Gewerbefläche	<input type="text"/> vorhanden Stück	Nutzfläche von	<input type="text"/> m <sup>2</sup>
Wohnungen nach dem Umbau	<input type="text"/> Anzahl / Stück	davon ohne Förderung	<input type="text"/> Anzahl / Stück
	<input type="text"/> m <sup>2</sup> (Wfl.- Fläche)	finanziert:	<input type="text"/> m <sup>2</sup> (Wfl.- Fläche)

**Ergänzende Angaben (nicht bei gutachterlichen Untersuchungen)**

Jahr der Erstellung	<input type="text"/>	Leerstand seit	<input type="text"/>
Art der Beheizung	vorhanden <input type="text"/> geplant <input type="text"/>	zentrale Warmwasserversorgung vorhanden?	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
Dämmung vorhanden?	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	Wenn ja, in welchen Bereichen? (Dämmstärke)	
Erhaltungsverordnung §§ 172-174 BauGB	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	<input type="radio"/> Außenwand	<input type="text"/> cm
Denkmalschutz	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	<input type="radio"/> KG-Decke	<input type="text"/> cm
Erkanntes Denkmal	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	<input type="radio"/> DG-Decke	<input type="text"/> cm
		<input type="radio"/> Dachschrägen	<input type="text"/> cm
Die Maßnahme wird entsprechend den Vorgaben der Energiebedarfsberechnung nach EnEV durchgeführt.		<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	
Kfz-Stellplätze vorhanden	<input type="text"/> Stück	davon auf eigenem Grundstück	<input type="text"/> Stück
nach Erweiterung erforderlich	<input type="text"/> Stück	davon abzulösen	<input type="text"/> Stück

Bauherr (Grundeigentümer/Erbbauberechtigter)	Antragsnummer:
Belegenheit (Straße, Hausnummer und Ortsteil)	

**Kostenaufstellung zur**     **Bewilligung**  
 **Abrechnung**

<b>Reine Baukosten</b> <small>(In vollen EUR-Beträgen incl. Mehrwertsteuer)</small>	<b>Gesamtkosten</b>	<b>geförderter Teil</b>	<b>nicht geförderter Teil</b> <small>Gewerbe, frei finanzierte Wohneinheiten    offene Stellplätze, Tiefgaragen, Parkpaletten</small>
--	---------------------	-------------------------	--

**Gebäudekosten**

Erdarbeiten				
Verbau, Ramm- und Einpressarbeiten				
Wasserhaltungsarbeiten				
Beton- und Stahlbetonarbeiten				
Maurerarbeiten				
Natur- und Betonwerksteinarbeiten				
Zimmer- und Holzbauarbeiten				
Stahlbauarbeiten				
Dachdeckungs-/Dachabdichtungsarbeiten				
Klempnerarbeiten				
Putzarbeiten				
Fliesenarbeiten				
Estricharbeiten				
Tischlerarbeiten				
Metallbau- und Schlosserarbeiten				
Verglasungsarbeiten				
Maler- und Tapezierarbeiten				
Bodenbelagarbeiten				
Heizungsarbeiten incl. Warmwasserber.				
Gas-, Wasser- und Abwasserinstallation				
Elektrische Anlagen				
Kücheneinbauten und Herde				
Aufzüge				
Waschmaschinen und Trockner				
Antennenanlagen				
<b>Zwischensumme Gebäudekosten</b>				

**Kosten der Hausanschlüsse**

Wasser				
Elektro				
Siel				
Gas				
Fernwärme				
<b>Zwischensumme Hausanschlusskosten</b>				

Reine Baukosten (In vollen EUR-Beträgen incl. Mehrwertsteuer)	Gesamtkosten	geförderter Teil	nicht geförderter Teil	
			Gewerbe, frei finanzierte Wohneinheiten	offene Stellplätze, Tiefgaragen, Parkpaletten
<b>Übertrag</b>				

Kosten der Außenanlagen				
Gärtnerische Anlagen				
Gehwegüberfahrten				
PKW- Stellplätze				
Kinderspielplatz				
Müllboxen				
Plattenwege				
Einfriedung				
<b>Zwischensumme Außenanlage</b>				

Grundstückbezogene Sonderkosten				
Pfahlgründung				
Pfahlroste				
verstärkte Gründungsplatte				
Bohrkosten				
Abräum- und Rodungsarbeiten				
Baumschutzmaßnahmen				
Unterfangung von Nachbargiebeln				
"Weiße Wanne"				
Dekontamination				
Baugrubenverbau				
Wasserhaltung				
<b>Zwischensumme Sonderkosten</b>				
<b>Summe der reinen Baukosten</b>				

### Baunebenkosten

Honorare: Architekt				
Tragwerksplaner				
Fachingenieur Heizung				
Fachingenieur Sanitär				
Fachingenieur Elektro				
Gartenarchitekt				
Sigeko				
Verwaltungskosten gemäß II. BV				
Behördenkosten				
sonstige Baunebenkosten				
<b>Summe der Baunebenkosten</b>				
<b>Summe Gesamtkosten</b>				

Die Kosten zur Bewilligung wurden auf Grund  eines Kostenanschlags (nach Submission)  
oder  einer Kostenschätzung nach DIN 276  
oder  der Abrechnung ermittelt

Die aufgestellten **Kosten zur Abrechnung** sind in der genannten Höhe entstanden.  
Die WK behält sich vor, Rechnungsbelege zur Prüfung anzufordern.  
Abweichungen von den zur Bewilligung festgestellten Kosten sind zu begründen.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Anlage III****zum Antrag auf Gewährung eines Zuschusses nach der Förderrichtlinie  
Umbau von Büros zu Wohnraum 2012**

Bauherr (Grundeigentümer/ Erbbauberechtigter)	Antragsnummer:
Belegenheit (Straße, Hausnummer und Ortsteil)	

**Weitere Antragsteller  
(erforderlich bei Bauherrengemeinschaften, BGB-Gesellschaften etc.)**

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße und Hausnummer		Beruf	
Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße und Hausnummer		Beruf	
Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße und Hausnummer		Beruf	
Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße und Hausnummer		Beruf	
Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

Name, Vorname		Geburtsdatum	
Straße und Hausnummer		Beruf	
Postleitzahl	Ort	Telefon	Fax

**Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte "De-minimis"-Beihilfen**

im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für "De-minimis"-Beihilfen

Antragsteller  
  
 Straße, Hausnummer / Investitionsanschrift  
  
 PLZ  Ort

Ist das Unternehmen im Bereich des  
Straßentransportsektors tätig?  
(bitte ankreuzen)

Ja  Nein

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen  
im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen  
zwei Kalenderjahren

(vollständiger Name des Unternehmens)

- keine  
 folgende

**"De-minimis"-Beihilfen**<sup>1</sup> im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf "De-minimis"-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001, erhalten habe:

Datum der Bewilligung	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen	Fördersumme in EUR	Subventionswert in EUR
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Außerdem habe ich bzw. das Unternehmen folgende weitere De-minimis-Beihilfen beantragt:

Förderprogramm	Zuwendungsgeber	Art der Beihilfe (Zuschuss, Darlehen etc.)	Subventionswert in EUR
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Diese Mittel wurden noch nicht bewilligt.

Mir ist bekannt, dass vorstehende Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen / Mittel bekannt werden.

Ort, Datum <input type="text"/>	Stempel / rechtsverbindliche Unterschrift des Unternehmers <input type="text"/>
------------------------------------	--

<sup>1</sup>  
Wie hoch die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen ist, können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen De-minimis-Bescheinigungen in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden entnehmen. Für De-minimis-Beihilfen besteht die Verpflichtung zur gesonderten Nennung des Subventionswertes.

## Allgemeine De-minimis-Regeln

(Kundeninformationsblatt)

Das Zusammenwachsen in Europa hat es mit sich gebracht, dass die Rahmenbedingungen für staatliche Vergünstigungen auf europäischer Ebene gestaltet werden. Da dies auch die geschäftlichen Beziehungen zu unseren Kunden berührt, möchten wir einige wesentliche Dinge zusammenfassen, an denen Bank und Kunde sich zu orientieren haben.

### 1. Staatliche Vergünstigungen / Subventionen / Beihilfen

Staatliche Vergünstigungen / Subventionen (Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen, Risikokapital usw.) an Unternehmen können den Wettbewerb verfälschen. Eine Wettbewerbsverfälschung liegt vor, wenn Marktbedingungen für die Wettbewerber künstlich verändert werden. Eine staatliche Vergünstigung für ein einzelnes Unternehmen ändert seine Kostenbelastung und verbessert damit seine Wettbewerbsposition. Das Unternehmen hat dadurch Vorteile, welche es ohne

diese staatlichen Subventionen nicht hätte. Erhält ein Unternehmen bspw. einen Zuschuss, kann es seine Kosten senken. Sie staatlichen Subventionen können vom Bund, Land oder einer Kommune gewährt werden. Unerheblich ist hierbei die Frage, ob die Vergünstigung / Subvention direkt von einer staatlichen Stelle (z. B. Bundesagentur für Arbeit) oder über eine Bank ausgezahlt wird. Die Vergünstigungen / Subventionen werden auch Beihilfen genannt.

### 2. Was ist De-minimis?

In der Europäischen Union sind prinzipiell alle wettbewerbsverfälschenden staatlichen Vergünstigungen / Subventionen an bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige verboten, soweit sie den zwischenstaatlichen Handel innerhalb der Europäischen Union beeinträchtigen. Als eine Ausnahme zum allgemeinen Subventionsverbot hat sich in der Entscheidungspraxis der Europäischen Kommission eine Regelung herausgebildet, die Subventionen dann erlaubt, wenn sie dem Wert nach unterhalb einer bestimmten Bagatellgrenze liegen.

Die Europäische Kommission geht dabei davon aus, dass diese minimalen Subventionen keine spürbaren Auswirkungen auf den Handel und den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten haben. Diese Regelung wird De-minimis-Regelung genannt. Bestimmte Wirtschaftsbereiche sind aus dem Anwendungsbereich jedoch herausgenommen. (Rechtsquelle: Verordnung (EG) Nr. .../2006 der Kommission vom ... 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, ABl. der EU ... vom ... 2006, S. ...).

### Betrag

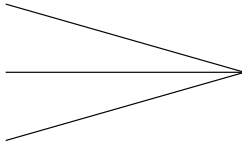
Die De-minimis-Regelung besagt, dass an einzelne Unternehmen ausgereichte finanzielle Vergünstigungen vom Staat bzw. von staatlichen Stellen bei der Europäischen Kommission nicht angemeldet und von ihr nicht genehmigt werden müssen, wenn sie innerhalb von drei Kalenderjahren den Wert von 200.000 EUR nicht übersteigen. Bei Unternehmen, die im Bereich des Straßentransportsektors tätig sind, beträgt dieser Schwellenwert 100.000 EUR. Bei Unternehmen des

gewerblichen Straßengütertransports dürfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengütertransport überhaupt keine De-minimis-Beihilfen gewährt werden.

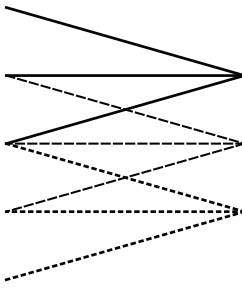
Bei Zuschüssen wird der gesamte Betrag auf den genannten Schwellenwert angerechnet. Bei anderen Finanzierungsinstrumenten (z. B. Zinsvergünstigungen, Beteiligungen, Bürgschaften) wird der Vorteil rechnerisch ermittelt.

## Beispiel

Ein Unternehmen, das nicht im Bereich des Straßentransports tätig ist, bekommt in den ersten drei Kalenderjahren folgende Zuschüsse:

1. Kalenderjahr:	40.000 €		200.000 €
2. Kalenderjahr:	70.000 €		
3. Kalenderjahr:	90.000 €		

Um die Bedingungen der De-minimis-Regel erfüllen zu können, darf dieses Unternehmen im 4. Kalenderjahr Subventionen bis zu einem Wert von 40.000 EUR bekommen, im 5. Kalenderjahr Subventionen bis 70.000 EUR usw.

1. Kalenderjahr:	40.000 €		200.000 €
2. Kalenderjahr:	70.000 €		
3. Kalenderjahr:	90.000 €		
4. Kalenderjahr:	40.000 €		
5. Kalenderjahr:	70.000 €		

usw.

Ausschlaggebend sind somit immer das laufende Kalenderjahr sowie die zwei vorangegangenen Kalenderjahre.

## Form

Bei der De-minimis-Regelung spielt es keine Rolle, ob die Vergünstigung / Subvention z. B. in Form eines

Zuschusses, als zinsverbilligtes Darlehen, als Bürgschaft oder Beteiligung gewährt wird.

## Verpflichtung der ausgebenden Stelle

Die ausgebende Stelle (Kommune, Bank, Arbeitsamt usw.) ist verpflichtet, dem Kunden zu bescheinigen, dass er eine De-minimis-Vergünstigung erhalten hat. Bescheinigt wird dies mit der sog. De-minimis-Bescheinigung, in der die Bewilligungsbehörde den Subventionswert genau angeben muss. So kann der Begünstigte genau nachvollziehen, wie viele De-minimis-Vergünstigungen er im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Kalenderjahren erhalten hat

und ob er den Grenzwert von 200.000 EUR bzw. 100.000 EUR bei Unternehmen, die im Straßentransportsektor tätig sind, schon erreicht hat. Zudem müssen auch Kumulierungsgrenzen mit anderen Subventionen für die gleichen Ausgaben eingehalten werden. Überschreiten die Subventionen bereits einen dieser Grenzwerte, handelt es sich um eine unzulässige Subvention mit der Folge der Rückforderung in voller Höhe.

## Verpflichtung des Empfängers

Das begünstigte Unternehmen ist verpflichtet bei der Beantragung, eine vollständige Übersicht über die im laufenden und den zwei vorangegangenen Kalenderjahren erhaltenen De-minimis-Beihilfen vorzulegen. Zudem ist die De-minimis-Bescheinigung 10 Jahre lang aufzubewahren und auf Anforderung der Bundesregierung, Landesverwaltung oder bewilligten Stelle innerhalb einer Woche oder einer festgesetzten

Frist vorzulegen. Kommt der Begünstigte dieser Anforderung nicht nach, entfällt rückwirkend die Bewilligungsvoraussetzung und die Subvention zuzüglich Zinsen muss gemäß Vorgabe der Europäischen Kommission zurückgefordert werden. Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben sind gemäß § 265 StGB als Subventionsbetrug strafbar.

**Erhebungsbogen wirtschaftlich Berechtigte der  
Juristischen Person & Personengesellschaft**

**Anlage wirtschaftlich Berechtigte der  
Juristischen Person & Personengesellschaft**

Antragsnummer \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Firma

\_\_\_\_\_  
Anschrift des Sitzes der Hauptniederlassung

Nach §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 3 Nr. 2 Geldwäschegesetz sind wir zur Erhebung bestimmter Angaben juristischer Personen und Personengesellschaften verpflichtet. Ferner sind wir nach §§ 3 Abs. 1 Nr. 3, 4 Abs. 5 Geldwäschegesetz verpflichtet, die Namen der wirtschaftlich Berechtigten Ihres Unternehmens zu erheben.

Zur Erfüllung der uns obliegenden Verpflichtungen reichen Sie uns bitte die nachfolgend aufgeführten Unterlagen ein:

- Aktueller Handelsregisterauszug
- Gesellschaftsvertrag
- Aktuelle Gesellschafterliste
- Sonstige Dokumente (z.B. Organigramm, ausländische Gründungsdokumente etc.)

- \_\_\_\_\_  
- Aktuelle Liste der Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder der gesetzlichen Vertreter

Stellt eine juristische Person (z.B. GmbH, AG) ein Mitglied des Vertretungsorgans Ihres Unternehmens, so geben Sie uns bitte deren Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform, Registernummer soweit vorhanden und Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung an:

Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform der juristischen Person

\_\_\_\_\_  
Registernummer

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

**Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten**

Hält eine natürliche Person eine Beteiligung von mehr als 25 % der Kapitalanteile oder werden mehr als 25 % der Stimmrechte durch eine natürliche Person mittelbar kontrolliert (= wirtschaftlich Berechtigter), so geben Sie uns bitte nachfolgend den/die Namen und die Anschrift/en des/der wirtschaftlich Berechtigten an:

1. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten

\_\_\_\_\_  
2. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten

\_\_\_\_\_  
3. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten

Achtung: Ist eine juristische Person oder eine Personengesellschaft mit mehr als 25 % als Gesellschafter an Ihrem Unternehmen beteiligt oder werden mehr als 25 % der Stimmrechte der Gesellschaftsanteile Ihres Unternehmens durch eine juristische Person oder Personengesellschaft kontrolliert (z.B. im Rahmen eines Stimmbindungsvertrages), so geben Sie uns bitte auf einem gesonderten Blatt den Namen und die Anschrift derjenigen natürlichen Personen an, die mehr als 25 % der Anteile halten oder mittelbar kontrollieren.

Bei **Konzernverflechtungen** benötigen wir entsprechende Angaben für jedes der beteiligten Unternehmen.

**Bitte bestätigen Sie mit Ihrer Unterschrift auch, dass Sie Änderungen in der Person des wirtschaftlich Berechtigten nach § 4 Abs. 6 Geldwäschegesetz unverzüglich der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt anzeigen werden.**

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift(en)

**Erhebungsbogen  
wirtschaftlich Berechtigte der Stiftung**

Antragsnummer \_\_\_\_\_

Stiftung \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Nach §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 3 Nr. 2 Geldwäschegesetz sind wir zur Erhebung bestimmter Angaben rechtsfähigen und nicht-rechtsfähigen Stiftungen verpflichtet. Ferner sind wir nach §§ 3 Abs. 1 Nr. 3, 4 Abs. 5 Geldwäschegesetz verpflichtet, die Namen der wirtschaftlich Berechtigten zu erheben (nähere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte dem beigefügten Merkblatt)..

Zur Erfüllung der uns obliegenden Verpflichtungen reichen Sie uns bitte die nachfolgend aufgeführten Unterlagen ein:

**■ Rechtsfähige Stiftung**

- Stiftungsurkunde und staatliche Genehmigung oder Bestätigung der zuständigen Behörde über die Eintragung im Stiftungsverzeichnis
- Aktuelle Liste der Namen der Mitglieder des Stiftungsvorstands
- Sonstige Dokumente (z.B. Nachweis über die Gemeinnützigkeit)

Stellt eine juristische Person (z.B. eine andere rechtsfähige Stiftung oder eine GmbH) ein Mitglied des Stiftungsvorstands, so geben Sie uns bitte deren Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform, Registernummer soweit vorhanden und Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung an:

Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform der juristischen Person \_\_\_\_\_

Registernummer \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

**■ Nicht-rechtsfähige Stiftung**

- Nachweis über den Stiftungsakt (z.B. letztwillige Verfügung des Stifters, Schenkungsvertrag)

**Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Stiftungen**

Begünstigte des verwalteten Vermögens ist eine Institution (z.B. eine soziale Einrichtung) oder ein Personenkreis, bei dem keine Person von 25 % oder mehr des verwalteten Vermögens begünstigt ist oder 25 % oder mehr des verwalteten Vermögens kontrolliert. Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten sind daher nicht zu machen.

Ist Begünstigter von 25 % oder mehr des verwalteten Vermögens eine natürliche Person oder übt eine natürliche Person die Kontrolle über 25 % oder mehr des verwalteten Vermögens aus (= wirtschaftlich Berechtigter), geben Sie uns bitte nachfolgend den/die Namen und Anschrift/en des/der wirtschaftlichen Berechtigten an:

1. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten \_\_\_\_\_

2. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten \_\_\_\_\_

3. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten \_\_\_\_\_

3. Name, Vorname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Geburtsdatum des wirtschaftlich Berechtigten \_\_\_\_\_

Bitte bestätigen Sie mit Ihrer Unterschrift auch, dass Sie Änderungen in der Person des wirtschaftlich Berechtigten nach § 4 Abs. 6 Geldwäschegesetz unverzüglich der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt anzeigen werden.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Firmenstempel, Unterschrift(en) \_\_\_\_\_